Brasilien, COP30 und das Paradoxon des Rohstoffabbaus

von Miguel Urbán Crespo, 16. November 2025

Mit jedem Tag bestätigen nicht nur wissenschaftliche, sondern auch empirische Beweise, wie beispielsweise die Überschwemmungen in Valencia im letzten Jahr, den ökologischen Notstand. Nicht als Phänomen einer düsteren Zukunft, sondern als gegenwärtige Realität. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, selbst erklärte, dass 2024 "eine Lehrstunde in Sachen Klimazerstörung" gewesen sei. Diese Aussage war Teil seiner Eröffnungsrede auf dem globalen Klimagipfel COP29 in Baku vor genau einem Jahr.

Erneut trifft sich die COP – die Konferenz der Vertragsparteien –, das Treffen der Länder, die die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) unterzeichnet haben, um angeblich politische Entscheidungen auf internationaler Ebene zu treffen, um den Klimawandel zu bekämpfen oder seine Auswirkungen zu verringern. Dieses Mal findet sie in Brasilien statt, in einem Kontext, der sowohl durch die sich verschärfenden Auswirkungen der ökologischen Krise als auch durch die zunehmende Leugnung des Klimawandels geprägt ist, die Donald Trump vom Weißen Haus aus propagiert. Dass sie im Amazonasgebiet stattfindet, hat symbolische Bedeutung.

Brasilien nutzt die globale Klimakrise, um sich als Verfechter des grünen Kapitalismus zu positionieren. Dieser Schritt ist weitgehend durch interne politische Manöver motiviert und dient ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen als Gegenpol zum Klimawandel-Leugnen der rechtsextremen Bolsonaro-Bewegung, während Brasilien gleichzeitig als regionaler und internationaler Akteur positioniert wird. All dies geschieht in einem Kontext, der geprägt ist von einer Europäischen Union, die die Fassade des Green Deal aufgibt, um ein eher khakifarbenes, militaristisches Gesicht des "Wiederaufrüstens Europas" zu zeigen, sowie vom zunehmenden Leugnen, das von der Trump-Internationalen vertreten wird.

Die COP30 in Belém wird die Grenzen der brasilianischen Soft Power bei der Führung der globalen Umweltagenda aufzeigen, während gleichzeitig die Ölproduktion gesteigert, die Grenzen für fossile Brennstoffe erweitert und die Agrarindustrie gefördert wird, was die Klimakrise und ihre extremen Wetterereignisse verschärft. Tatsächlich erhielt Petrobras, die staatliche brasilianische Ölgesellschaft, einen Monat vor dem Klimagipfel eine Lizenz für Bohrungen im Amazonasbecken. Durch diese Maßnahme wird Brasilien zum viertgrößten Ölproduzenten der Welt, hinter den Vereinigten Staaten, Saudi-Arabien und Russland.

Tatsächlich fanden die letzten beiden COP-Treffen in Baku, Aserbaidschan (2024), und Dubai, Vereinigte Arabische Emirate (2023), statt, also in Ländern, deren Wirtschaft auf fossilen Brennstoffen basiert, was die existenziellen Widersprüche dieser Art von Gipfeltreffen verdeutlicht. Im Fall von Dubai nutzte der CEO der Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC) seine Position als Gastgeberpräsident des internationalen Treffens, um Ölgeschäfte abzuschließen. In Baku waren über 1.700 Vertreter der Lobbyisten für fossile Brennstoffe anwesend, weit mehr als die Delegationen aus den Ländern, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind. Dies sind Beispiele, die die Vereinnahmung der COP durch die Konzerne und einige ihrer strukturellen Mängel als nützliches Forum zur Bewältigung der anhaltenden ökologischen Krise verdeutlichen.

Aber nicht nur fossile Brennstoffe scheinen sich der Kontrolle der COP zu entziehen, sondern auch andere Rohstoffgewinnungsaktivitäten wie Bergbau oder Agrarindustrie. Brasilien hat es vermieden, die Rolle der intensiven Landwirtschaft bei der Entwaldung anzuerkennen, die den größten Beitrag zu den Treibhausgasemissionen des Landes leistet. Diese Realität steht erneut im Widerspruch zu dem Anschein von grünem Kapitalismus, den das Land auf diesem Gipfel mit seiner Flaggschiff-Maßnahme, dem Tropical Forest Forever Fund (TFFF), zu verkaufen versucht. Eine öffentlich-private Initiative zielt darauf ab, einen Fonds in Höhe von 125 Milliarden US-Dollar (25 Milliarden US-Dollar von Regierungen und 100 Milliarden US-Dollar von multinationalen Unternehmen) zu schaffen, der von der Weltbank verwaltet wird, um in Finanzmärkte zu investieren und seine jährlichen Erträge – geschätzt auf rund 4 Milliarden US-Dollar – unter den Ländern zu verteilen, die ihre Wälder erhalten. Finanzminister Fernando Haddad selbst erklärte, dass der Fonds "Brasiliens wichtigste Initiative" auf der COP25 sei.

Die Förderung eines Tropenwaldfonds, während wenige Wochen später die Unterzeichnung des Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und

dem Mercosur geplant ist – im Volksmund bekannt als "Kühe für Autos"-Abkommen. Während die EU darauf abzielt, den Zugang zum Mercosur-Markt für ihre multinationalen Automobil-, Automobilzuliefer-, Energie-, Getränke- und Finanzdienstleistungsunternehmen zu verbessern, wollen die Mercosur-Länder im Gegenzug einen besseren Zugang zum europäischen Markt für ihre Rohstoffe, Rind- und Hühnerfleisch, Sojabohnen, Zucker und Ethanol für Biokraftstoffe sowie andere Produkte. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Viehzucht der größte Treiber der Entwaldung im Amazonasgebiet ist, wo 63 % der abgeholzten Flächen als Weideland genutzt werden.

Diese COP ist die erste seit Donald Trumps Rückkehr ins Weiße Haus. In einer unmissverständlichen Absichtserklärung wird die USA nicht nur auf die Teilnahme am Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs an diesem Wochenende verzichten, sondern auch keine hochrangigen Vertreter zu den technischen Verhandlungen auf dem Gipfel in Belém entsenden, die am kommenden Montag beginnen. Damit demonstriert er seine völlige Verachtung für multilaterale Foren und bekräftigt die Leugnung des Klimawandels als charakteristisches Merkmal der globalen reaktionären Welle. Tatsächlich wird der argentinische Präsident Javier Milei, die prominenteste Figur der reaktionären internationalen Bewegung in Lateinamerika, dem Beispiel Trumps folgen und ebenfalls die COP in Belém boykottieren.

Ein ultrarechter Leugnungswahn, der der Logik des grünen Kapitalismus als das kleinere Übel dient. Ein konkaver Spiegel, in dem das Bild spekulativer Fonds für tropische Wälder vergrößert, Kritik an der Ölförderung im Amazonasgebiet vermieden oder sogar das Militärgrün der Europäischen Union verteidigt wird. Eine Möglichkeit, den Spielraum für Klimaschutzmaßnahmen zu verringern und gleichzeitig den Einfluss und die Bedeutung des Leugnungswahns zu verstärken, indem man ihm in Zeiten wachsender Unzufriedenheit das Etikett "antiestablishment" verleiht.

Aber in diesen Tagen werden in Brasilien nicht nur die Lobbyist<.innen des grünen, khakifarbenen und fossilen Kapitalismus anwesend sein oder die Regierungsvertreter:innen, die in liturgischer Manier kommen, um sich zu verpflichten, wie jemand, der Jahr für Jahr an Allerheiligen die Kirche besucht, um eine Kerze für die Verstorbenen anzuzünden und sein Gewissen bis zum nächsten Jahr zu reinigen. Es werden auch verschiedene Basisinitiativen und Treffen entwickelt, die darauf abzielen, breite Allianzen zwischen sozialen,

politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu schmieden, die dieses gewalttätige und räuberische Modell sowie dessen Greenwashing als "das kleinere Übel" ablehnen.

Angesichts der Ohnmacht des Leugnertums und der grünen Fassade des extraktiven Kapitals ist es unerlässlich, einen neuen öko-territorialen Internationalismus aufzubauen, der von Grund auf und in enger Verbindung mit den Prozessen in den Gemeinden entsteht. In diesem Zusammenhang wurde an diesem Wochenende in Belém, zeitgleich mit dem Gipfeltreffen der Staatschefs aus aller Welt, die Plattform "Pueblos contra el Extractivismo" (Völker gegen den Extraktivismus) ins Leben gerufen – eine Plattform für Basisorganisationen, die sich gegen Bergbau und Extraktivismus in all seinen Formen einsetzen. Sie prangern jedes Projekt an, das das Leben in diesen Gebieten zerstört, nicht als isolierte Bedrohung, sondern als konkrete Manifestation der Dynamik des militarisierten "grünen" Kapitalismus.

Denn angesichts einer Klimakatastrophe, einer ökosozialen Krise und dem Vormarsch eines reaktionären Internationalismus im Dienste der Interessen der Superoligarchen können wir uns nicht mehr auf Gipfeltreffen verlassen, die zu Zombie-Strukturen geworden sind, die von Lobbyisten des Kapitals parasitiert werden. Wir müssen uns der Diktatur des Profits entgegenstellen, um Siege zu erringen, die das Leben und das Territorium in den Mittelpunkt stellen. Peoples Against Extractivism entstand als bescheidene Initiative im Dienste der Volksbewegungen gegen die Logik des Extraktivismus. Gleichzeitig finden derzeit in Brasilien viele andere Initiativen statt, vom Post-Extraktivismus-Forum in São Paulo bis hin zu den ökosozialistischen Versammlungen und dem Volksgipfel in Belém. Diese Vorschläge gehen über die praktische Erpressung zwischen Leugnung des Klimawandels und grünem Kapitalismus hinaus und erweitern den Spielraum des Möglichen.

7. November 2025

Übersetzt von David Fagan für International Viewpoint aus Publico.

Der Artikel wurde in <u>International Viewpoint</u> veröffentlicht, von uns automatisiert übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.